

# Platz abbeck

Nr. 4, Mai 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Privat – privater – Privatisierungs- beauftragter

Viel Wind hatten CDU und FDP mal um einen Privatisierungsbeauftragten gemacht.

Kurz vor der Stichwahl zum neuen Oberbürgermeister hatte die CDU der FDP den Privatisierungsbeauftragten zugestanden. Erst am 26. September 2002 wurde nach einer heftigen Ratsdebatte ein entsprechender Beschluss gegen SPD, Grüne und PDS im Rat durchgesetzt. Prof. Bietmann von der CDU sprach gar von der „Erhöhung der Effizienz in dieser Stadt“. Dann hörte man lange nichts mehr vom Privatisierungsbeauftragten.

Dem Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters kann man jetzt entnehmen, dass die FDP in Persona von Ralf Sterck den Zuschlag nicht erhielt und auch nicht der Stadtkämmerer, der auf der Ratssitzung am 26. September noch behauptete: „Im übrigen bin eigentlich ich der Privatisierungsbeauftragte“.

Aber das war wohl nicht privat genug. Jetzt ist der Leiter der Kämmererei, Dieter Körber, ernannt worden.

Der Auftrag des neuen Geheimrats: Erst mal eine Arbeitsgruppe bilden. Dann: sich gemeinsam mit der Arbeitsgruppe einen Überblick verschaffen. Und zwar einen „umfänglichen“. Nämlich über „Beteiligungsmanagement und Beteiligungscontrolling“ in anderen großen Kommunen. Dabei „auch die diversen, bereits von Beratungsunternehmen erstellten Vorschläge... zu berücksichtigen und Vorschläge zur Umsetzung des Ratsauftrages zu erarbeiten.“

Gut so. Damit könnten nämlich „u.U. die Kosten für den Einsatz externer Berater minimiert werden“. Sagt die Verwaltung.

Hoffen wir das Beste – obwohl: Vokabeln wie „Arbeitsgruppe“ und „umfänglicher Überblick“ deuten wohl doch eher auf einen neuen Haushaltsposten hin, wenn nicht gar auf ein neues Gutachten.

## Haushalts sicherungskonzept zerstört soziale Einrichtungen im Stadtviertel

Die Banken, Versicherungen und Dienstleister sind die Branchen in Köln, die bisher am meisten Gewerbesteuer gezahlt haben. Wie das nebenstehende Säulendiagramm zeigt, aber auch diejenige Gruppe, die starke Einbrüche zu verzeichnen hat. Durch das Steuerrecht sind vor allem Konzerne begünstigt worden.

Der Groß- und Einzelhandel dagegen hat auch weiterhin gleich bleibende Gewerbesteuer gezahlt. Seit über zehn Jahren sind in Köln die Hebesätze für die Gewerbesteuer nicht erhöht worden. Mit 450 v.H. liegt der Hebesatz in der Großstadt Köln in NRW keineswegs an der Spitze, sondern im Mittelfeld. Eine Erhöhung des Hebesatzes auf 500 v.H. würde ca. 50 Mio. Euro mehr Geld in die Kasse bringen, wie die Kämmererei auf unsere Anfrage mitteilte.

Darüber wollen CDU und Grüne noch nicht einmal nachdenken, geschweige denn eine Erhöhung beschließen. Der Kämmerer berichtete auf der Sitzung des Finanzausschusses am 19. Mai, dass der Stadt Köln nach den neuesten Berechnungen weitere 20 Mio. Euro Gewerbesteuer jährlich bis 2007 fehlen werden.

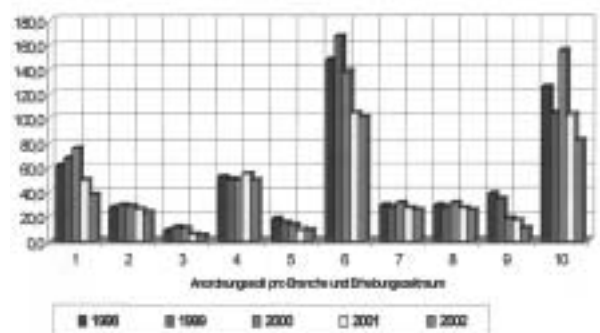
Statt über eine Erhöhung des Hebesatzes nachzudenken, sollen soziale Einrichtungen zerschlagen und gerade in den sozialen Brennpunkten die sozialen Strukturen zerstört werden. Schon heute nimmt z.B. die Stadtbibliothek in Mülheim Aufgaben der Jugendarbeit wahr. Oft kommen Schülerinnen und Schüler am Nachmittag und nutzen das Angebot an Büchern, Internetzugang usw. Was passiert, wenn in den zahlreichen sozialen Brennpunkten der Haushalt durchschlägt und nicht nur die Stadtbibliothek geschlossen wird, sondern auch die Volkshochschule, das Jugendzentrum, das interkulturelle Zentrum,

das Bürgerzentrum, die Übermittagsbetreuung und der Hort für die Kinder?

All diese Einrichtungen sind unverzichtbar und haben über viele Jahre eine eigene Infrastruktur entwickelt. Sie zusammenzulegen oder Teile einzusparen, wäre ein Abenteuer, würde das gesamte soziale Gefüge verwüsten und zu Dominoeffekten führen.

Gegen diese Kritik hält sich die Verwaltung bedeckt. Sie hat überhaupt kein Konzept, außer ihrer Streichliste, die sie offensichtlich nach dem „Pi-mal-Dau-

### Branchenverteilung



Die Zahlen bedeuten folgende Branchen: 1 Produzierendes Gewerbe, 2 Einzelhandel, 3 Hotel- und Gaststättengewerbe; Kongresswesen, 4 Groß- und Außenhandel, 5 Verkehr/Postdienste, 6 Banken und Versicherungen, 7 Vermittlungsgewerbe/Finanzdienstleister, 8 Medienwirtschaft, 9 Informations- und Kommunikationstechnik, 10 Weitere Dienstleistungen

men“-Prinzip erstellt hat.

In den Stadtteilen entwickeln sich inzwischen Bündnisse von sozialen Einrichtungen. In Mülheim arbeitet die MütZE e.V. eng mit der Polizei und dem Don Bosco in einem Bündnis zusammen, weil die Schließung von Einrichtungen für die Jugendlichen in diesem Stadtteil katastrophale Auswirkungen hätte.

Solche Bündnisse werden sich in den nächsten Wochen in vielen Stadtteilen bilden.

Köln braucht eine soziale Protestbewegung, um eine soziale Verwüstung zu verhindern.

Sengül Senol, Jörg Detjen



# Streichungen – Und Proteste

von Jugendlichen geführt... Junge Presse Köln e.V. ist ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner und Kontaktvermittler... Seit April 2001 befindet sich das Kölner Jugendpressezentrum wieder im Zentrum Kölns. Die schlechte Erreichbarkeit im abgelegenen Köln-Poll verhinderte spontane Besuche von Mitgliedern und stellte auch eine Hürde für die Mitarbeiter der JPK dar... Professionelle und kostengünstige Arbeitsweise, die uns förderungswürdig erscheint.“

## Deutsch-Griechisches Kulturzentrum Köln-Porz e.V.

Das Deutsch-Griechische Kulturzentrum stellt seit über 18 Jahren für Griechen des Porzer Raums sowie für viele Porzer anderer Nationalitäten mit Migrationshintergrund fast so etwas wie eine feste Institution dar. ... Zu den Mitgliedern unseres Vereins gehören mittlerweile Griechen dreier Generationen. Wir sind bemüht, unser Angebot an Maßnahmen und Programmen ... so zu gestalten, dass es den

spezifischen Bedürfnissen und Interessen der jeweiligen Altersstufe gerecht wird.“

## Paritätische Sozialarbeit Köln e.V.

Die Förderung für die Stützpunkte der Offenen Altenarbeit soll um 20 % gekürzt werden. Konsequenz: Teilschließung von Begegnungsstätten und Altenclubs.

Die Mittel für den Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement, KABE, sollen um 60 % gekürzt werden. Für Ceno, Vermittlungs- und Beratungsagentur für Senioren mit Interesse am Ehrenamt, würde dies die Schließung bedeuten.



In dieser Notsituation ergreifen die Senioren die Initiative und starten eine Postkartenaktion. Sie werden in regelmäßigen Abständen alle Mitglieder des Rates der Stadt Köln persönlich anschreiben und auf die alltagspraktischen Auswirkungen der geplanten Kürzungen hinweisen...“

Auch vor der Ratssitzung am 22. Mai werden die Ratsmitglieder mit den Aktionen der „Paritätischen“ konfrontiert werden.

*Neben zahlreichen Demonstrationen in Mülheim gegen die Schließung von Jugendeinrichtungen (unsere Bilder), Bürgerzentren und die Kürzung schulgängender Maßnahmen erreichten uns auch wieder Schreiben von Betroffenen, in denen sie darlegen, welche gravierenden Folgen die Streichpläne für sie haben. Hier eine Auswahl:*

## Junge Presse Köln e.V.:

„Wir sind der Ansicht, dass der Wegfall der Förderung schwerwiegende Folgen für die ehrenamtliche Jugendpressearbeit haben würde. Wir wären gezwungen, unseren zentralen Standort im MediaPark aufzugeben und würden in unserer Arbeit ein großes Stück zurückgeworfen.“ Der Verein zählt eine Reihe von gewichtigen Argumenten für seinen Erhalt auf. Dazu gehören: „Seit 1957 wird in Köln organisierte Jugendpressearbeit gemacht – der Verein kann auf eine 43jährige Geschichte zurückblicken. Von damals bis heute wurde der Verein ausschließlich ehrenamtlich



## Köln braucht die PDS-Offene Liste, damit die Stadt nicht noch weiter nach rechts rückt

Seit fast vier Jahren ist die PDS Offene Liste im Kölner Rat und in den Bezirksvertretungen aktiv und immer wieder in den Medien und der Öffentlichkeit präsent.

Mit Anfragen und Anträgen haben wir dazu beigetragen, dass Anliegen und Forderungen der außerparlamentarischen Opposition und einzelner Kölnerinnen und Kölner auch im Rat der Stadt Köln und in der Verwaltung Gehör fanden. Erinnert sei an die Entschädigung der Zwangsarbeiter oder an die katastrophale Unterbringung der Kölner Flüchtlinge. Die Ratsgruppe der PDS Offenen Liste hat auch einen Beitrag gegen die Privatisierung von GAG und Grubo geleistet. Köln braucht eine linke Opposition im Rat und in den Bezirksvertretungen, das wurde in den letzten Jahren immer deutlicher.

Wir wollen zu den Kommunalwahlen 2004 wieder antreten. Wir möchten noch mehr linke Kräfte in unsere Arbeit einbeziehen. Die Verteidigung und der Ausbau kommunaler Mandate sollte ein Anliegen der Kölner Linken sein. Denn ein soziales und solidarisches Köln braucht linke und emanzipatorische Politik im Rat und in den Bezirksparlamenten.

Deshalb machen Sie mit, werden Sie aktiv und diskutieren Sie mit uns

**am Mittwoch, 11. Juni 2003, um 19.30 Uhr in der Kantine des Bezirksrathauses Ehrenfeld, Venloer Straße 419**



An diesem Abend wollen wir mit Ihnen über

- den Haushalt 2003 diskutieren, der nach dem Willen der jetzigen Ratsmehrheit ein Doppelhaushalt werden soll
- inhaltliche Forderungen für die Kommunalwahl 2004 entwickeln.

### ■ Nippes

## Schwimmbad muss für alle bleiben

Einstimmig beschloss die Bezirksvertretung eine Aufforderung an die Köln-Bäder AG, das Hallenbad Nippes als öffentliches Schwimmbad zu erhalten und nicht, wie geplant, zum Gruppenbad ausschließlich für die Benutzung durch Schulen und Vereine umzuwidmen.

Vor allem viele Senioren nutzen das Bad regelmäßig. Insgesamt sind allerdings die Besucherzahlen gesunken, im wesentlichen deshalb, weil das Bad ziemlich „heruntergekommen“ ist.

Das große Interesse der Nippeser an ihrem Bad dokumentierte sich auch in der Teilnahme von ca. 250 Menschen an der Aktuellen Stunde zum Thema während der BV-Sitzung. *Michael Weisenstein*

### ■ Nippes

## PDS-OL fordert Lärmschutz an Gürtelbahn

Nach dem einstimmigen Willen der Bezirksvertreter soll die KVB durch neue Dämmscheiben entlang der Gürtelhochbahn Merheimer-/Boltensterstraße für passiven Lärmschutz sorgen.

Der Vertreter der PDS-Offene Liste hatte den Antrag eingebracht. Nach seinen Recherchen bedarf es für diese Verbesserungsmaßnahme im Interesse der Anwohner keines neuen Genehmigungsverfahrens. Auch die Ausbauplanungen für den Straßenverkehr werden nicht davon berührt. *M.W.*

### ■ Ehrenfeld

## „Zartbitter“ – Geburtstag 15 Jahre Eigensinn

Auf großes Interesse stieß die Feier zum 15-jährigen Bestehen von „Zartbitter“ e.V. im Ehrenfelder Bürgerzentrum.

Mit einem „musikalischen Bilderbogen“ dokumentierte das „Zartbitter“-Team eindrucksvoll die in den vergangenen 15 Jahren geleistete Arbeit der „Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen“ – so der offizielle Titel. Ent-



standen ist der Verein aus einer Koordinationsgruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes. Informationsschriften, Theaterproduktionen und Fachseminare vor allem zur Prävention sind die Mittel, das Thema „Missbrauch“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Klüs Völlmecke, Abteilungsleiter Pädagogische und Soziale Dienste im Jugendamt, dankte im Namen der Stadt ausdrücklich dem „Geburtsstagskind“ für die „Zivilcourage“ im Umgang mit dem Thema „Sexueller Missbrauch“ in der Vergangenheit und sicherlich auch in der Zukunft. Dabei sei es gelungen, das Thema nicht angstbesetzt zu vermitteln, sondern vielmehr die Lebensfreude von Jungen und Mädchen anzusprechen und zu fördern. Für diesen Ansatz spricht auch das Motto: „Der 7. Sinn ist Eigensinn“.



Völlmecke warnte aber auch davor, dass unter dem gegenwärtigen Spardruck, „auch verständene und als richtig und wichtig erkannte Dinge nicht ausreichend gefördert werden oder sogar eingestellt werden“. Schuld daran sei nicht mangelnde Öffentlichkeitsarbeit. Denn: „Heute muss man leider eher davon ausgehen, dass einem alle attestieren, gute Arbeit zu leisten und trotzdem muss im Haushalt gestrichen werden!“ Unter Beifall fügte er hinzu: „Ich bin sicher, dass einer Politik, die wider besseres Wissen so entscheidet, über kurz oder lang eine Rechnung präsentiert wird, die Kurskorrekturen erfordert.“

Höhepunkt des Abends war die Uraufführung der Zartbitter-CD: „Von der Rolle“, zu der auch ganze Schulklassen gekommen waren. Die Texte entstanden aus der Präventionsarbeit. Interessierte finden sie unter: [www.zartbitter.info](http://www.zartbitter.info) im Internet. *Helga Humbach*

### ■ Ehrenfeld

## Briefkästen gefordert

Einstimmig wandten sich die Bezirksvertreter gegen den Abbau von Briefkästen im Stadtbezirk. Betroffen sind auch Standorte in der Nähe von Altenheimen. In einem Antrag der CDU wurde auch bezweifelt, dass die Post AG ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommt, Briefkästen innerhalb eines 1000-Meter-Umkreises zur Verfügung zu stellen. *HH*

### ■ Ehrenfeld

## Kann Ehrenfeld bald nicht mehr baden?

Gespannt warten die Bezirksvertreter auf die Antwort der Köln-Bäder-AG auf eine Anfrage, wie es um das alte Schwimmbad an der Äußeren Kanalstraße während der Planungs- und Bauarbeiten für das neue Bad am Pistorhof steht. In Ehrenfeld halten sich hartnäckig Gerüchte, dass das Bad geschlossen und das Gelände an einen Investor verkauft werden soll. *HH*

## Immer noch Schulkinder auf dem Flüchtlings- schiff

Derzeit befinden sich etwa 90 Kinder, darunter 47 schulpflichtige, ohne Unterricht an Bord des Flüchtlings-schiffes am Deutzer Rheinufer. Das stellten Sengül Senol und Jörg Detjen anlässlich eines

Delegationsbesuchs mit anderen Experten fest.

Kinderreiche Familien sind seit Mitte Dezember auf diesem Schiff, obwohl der Oberbürgermeister zugesagt hatte, Kindern und ihren Eltern eine dezentrale Wohnung zu bieten. Bislang wird die Schulpflicht vernachlässigt, und die Kinder haben keinen kindgerechten Freiraum.

Deshalb fragt die PDS-Offene Liste am 22. Mai die Verwaltung, wann die Schulpflicht und die Spielangebote für die Kinder gewährleistet und die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden.



## Bürgerschaftliches Engagement stärken

Sei es die Betreuung der Zwangsarbeiterbesuche, die Erforschung der NS-Geschichte der Kölner Polizei oder die Betreuung von alten Menschen, Behinderten oder seien es Angebote an Sprachkursen und im Freizeitbereich. Wo man auch hinschaut, ist eine Stadt wie Köln darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger sich und ihre Fachkenntnisse freiwillig und oft ohne eine Entlohnung in das Gemeinwesen einbringen. Alle Parteien haben immer wieder diese ehrenamtlichen Tätigkeiten in Sport und Kultur, in Vereinen usw. gelobt und mit Ehrungen versehen. Auch in Köln ist ein Preis für das Ehrenamt von OB Schramma ausgelobt worden.

Die Kahlschlagpläne im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit bedeuten auch das Aus für das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen, die sich bisher z.B. als Trainer im Jugendsport eingesetzt haben. Bereits im Vorjahr wurde über dieses Thema mehrfach im Rat diskutiert. Die PDS-Offene Liste unterstützte und unterstützt Bestrebungen, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Es kann aber nur als Ergänzung, nicht als Ersatz hauptamtlicher Arbeit in der Verantwortung der Kommune Bestand haben. Leere Kassen dürfen kein Argument sein, wichtige Aufgaben auf „Ehrenamtler“ abzuwälzen. *Sengül Senol/HH*

### Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter endlich gesichert!

Bürgermeister Wolf verkündete bei der Eröffnung der Ausstellung „Zwangsarbeit in Köln 1939 - 1945“ unter großem Beifall der Anwesenden die vollständige Umsetzung des Ratsbeschlusses beim Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

Die PDS-Offene Liste begrüßt die Entscheidung nach dem Hin und Her der letzten Wochen, in denen es fast zu einer Ausladung bereits eingeladenen ehemaliger Zwangsarbeiter gekommen wäre. Dagegen gab es zahlreiche öffentliche Proteste, auch in den Medien, die sich durch mutige Kommentare und Artikel engagiert haben.

Das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiter ist außerdem seit Jahren ein Projekt, für das sich viele Personen ehrenamtlich einsetzen. Das haben die Stadtverwaltung, CDU und FDP jetzt offenbar endlich begriffen.

## Bürgerzentren: Jetzt ist die Verwaltung gefordert

Das mit Spannung – und auch mancherlei Befürchtungen – erwartete Ergebnis der Untersuchung bestimmter Effizienzfaktoren (Benchmarking) für die Bürgerzentren und -häuser ist jetzt in groben Zügen abgeschlossen und wurde in den jeweiligen Ratsausschüssen vorgestellt. Das Berliner „Institut für Prozessoptimierung und Informationstechnologien GmbH“ kam zu dem Ergebnis, dass es nicht die eigentlich erwartete deutliche Differenzierung zwi-

Bereich, die langfristige Programm- und Personalplanungen nahezu unmöglich macht und vielfach riskante ad-hoc-Entscheidungen mit sich bringt.

Aus der Untersuchung ergibt sich auch, dass durch eine verbesserte Koordination und Vernetzung der einzelnen Einrichtungen die Arbeit verbessert werden kann.

Die Verwaltung ist jetzt gefordert, die vom „Institut“ festgestellten Optimierungs-



schen den einzelnen Einrichtungen gibt, sondern dass von freien Trägern betriebene und städtische Bürgerzentren und Bürgerhäuser im wesentlichen ähnliche Ergebnisse erbringen.

Das Hauptproblem aller Häuser ist die nicht gegebene Sicherheit im finanziellen

möglichkeiten im Einvernehmen mit den Bürgerhäusern und Bürgerzentren umzusetzen.

Eine Zerschlagung der gewachsenen Strukturen wäre auf alle Fälle ein gefährlicher Rückschlag für das kulturelle Leben in den Stadtteilen.

## Flora und Zoo erhalten

PDS-Offene Liste wird sich für den Erhalt von Flora, Kölner Zoo und Aquarium weiter einsetzen. Sengül Senol wird am 22. Mai in der Ratssitzung, in der dieses Thema Gegenstand sein wird, dazu Stellung nehmen. „Flora und Zoo sind in einer von Verkehr und Industrie geprägten Stadt wichtige Ruhezonen und Sinneszentren. Hier lernen Kinder die Natur der Welt kennen und schätzen und werden lebensnah motiviert, auch in ihrem eigenen Umfeld Pflanzen und Tiere als Partner des Menschen zu lieben.“

Außerdem sind Flora und Zoo international bekannte Kölner Attraktionen, die damit ein Anziehungspunkt für umweltorientierte Touristen sind. In unmittelbarer Nähe befinden sich die Riehler Heimstätten. Viele Senioren, die dort leben, besuchen die Flora täglich.

Die Kooperation aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen fordert, die Betriebsstrukturen und Kosten zu optimieren. Dabei muss Sorge getragen werden, dass es nicht zu Entlassungen von Personal kommt und gleichzeitig genügend Personal für die Pflege der Flora zur Verfügung steht. Weiterhin fordern CDU/Die Grünen den Verkauf von Grundstücken im Umfeld von Zoo und Flora. Dies wird von der PDS/Offenen Liste abgelehnt. Die Flora darf in ihrem jetzigen Bestand keine Einbußen erfahren. Bauvorhaben in unmittelbarer Nähe können das Gesamterscheinungsbild empfindlich stören.

*Sengül Senol*